

Stefan Zierke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Landesgruppe Ost und
Sprecher der Landesgruppe Brandenburg
in der SPD-Bundestagsfraktion



Bundestag aktuell

Parlamentsthemen im Februar 2017

- **Bund-Länder-Finanzen neu regeln**

Diese Woche haben wir uns in erster Lesung mit dem umfassenden Reformpaket zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen befasst. Die zwischen Bundesregierung und den Ländern vereinbarte Neuordnung des horizontalen Finanzausgleichs ab 2020 sieht vor, den bisherigen Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form abzuschaffen und die Umsatzsteuer im Grundsatz nach Maßgabe der jeweiligen Einwohnerzahl – modifiziert durch Zu- und Abschläge entsprechend der jeweiligen Finanzkraft eines Landes - zu verteilen.

Die kommunale Finanzkraft soll künftig mit 75 Prozent anstelle von gegenwärtig 64 Prozent deutlich stärker in die Berechnung der Finanzkraft der Länder einfließen. Damit profitieren insbesondere Länder mit finanzschwächeren Kommunen. Im Ergebnis wird der Bund nach der Reform einen deutlich höheren finanziellen Beitrag zum solidarischen Ausgleich zwischen den Ländern leisten: Für das Jahr 2020 sind dies allein 9,7 Mrd. Euro (auf Basis Steuerschätzung November 2016).

Im Rahmen des Reformpakets ist zudem eine Änderung des Grundgesetzes vorgesehen, nach der der Bund künftig finanzschwache Kommunen direkt bei Bildungsinvestitionen unterstützen kann. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion mit Erfolg gekämpft.

- **Steuerflucht bekämpfen**

Mit dem Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz, über das wir diese Woche in erster Lesung beraten haben, werden von der SPD-Bundestagsfraktion geforderte nationale Maßnahmen gegen Steueroasen umgesetzt.

Steuerhinterzieher sollen sich künftig nicht mehr hinter anonymen Briefkastenfirmen verstecken können. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Anonymität von Briefkastenfirmen aufzuheben. Dazu werden die Offenlegungspflichten von Steuerpflichtigen mit Geschäftsbeziehungen zu Briefkastenfirmen in Steueroasen erweitert. Vorgesehen ist zudem eine Anzeigepflicht für Banken einzuführen, die Beteiligungen oder Geschäftsbeziehungen mit Briefkastenfirmen vermitteln. Außerdem sollen die Ermittlungsbefugnisse der Finanzverwaltung verbessert sowie das steuerliche Bankgeheimnis aufgehoben werden.

Das automatische Kontenabrufverfahren wird auf die Ermittlung von Geschäftsbeziehungen zu Briefkastenfirmen erweitert. Ebenfalls wird die langjährige Forderung der SPD-Bundestagsfraktion umgesetzt, die Steuerhinterziehung durch verdeckte Beteiligungen an Briefkastenfirmen in den Katalog der besonders schweren Steuerhinterziehungen aufzunehmen. Für die Strafverfolgung gilt dann eine Verjährungsfrist von zehn Jahren.

- **Beistandsmöglichkeiten bei Gesundheitssorge und Fürsorge regeln**

Ehegatten und Partner eingetragener Lebenspartnerschaften können nach geltendem Recht weder Entscheidungen über medizinische Behandlungen für ihren nicht mehr selbst handlungsfähigen Partner treffen noch diesem im Rechtsverkehr vertreten.

Dies war bislang nur möglich, wenn sie von ihrem Partner oder Partnerin als rechtliche Betreuer bestellt oder im Rahmen einer Vorsorgevollmacht dazu wirksam bevollmächtigt wurden. Auch wenn sich die meisten Bürger laut empirischer Untersuchung Vertretung in rechtlichen Angelegenheiten durch ihren Partner wünschen, wird es vielfach versäumt, im Vorfeld eine entsprechende Vorsorgevollmacht zu erteilen, auch weil viele dem Irrtum unterliegen, der Ehepartner sei hierzu auch ohne Vorsorgevollmacht berechtigt.

Der vorliegende Gesetzentwurf des Bundesrates sieht daher vor, dass sich Ehegatte und Lebenspartner in Angelegenheiten der Gesundheitspflege und der Fürsorge automatisch vertreten können, sofern im Rahmen einer Vorsorgevollmacht nichts anderes bestimmt wurde.

- **Polizei und Rettungskräfte beim Einsatz schützen**

Im Jahr 2015 sind gewalttätige Übergriffe auf Polizei und Einsatzkräfte um 9,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Das ist erschreckend. Solche Angriffe sind Angriffe auf uns alle und auf unseren Rechtsstaat.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung wollen wir Vollzugsbeamte und Rettungskräfte beim Einsatz besser schützen. Wir finden: Auch wer täglich auf Streife ist oder in der Amtsstube seinen Dienst verrichtet, hat mehr Respekt verdient. Deshalb soll ein neuer, eigenständiger Tatbestand im Strafrecht eingeführt werden, der Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute betrifft und der mit einem verschärftem Strafrahmen (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren) ausgestaltet wird.

Tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte werden in Zukunft also härter sanktioniert. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich zudem weiter für mehr Personal und eine bessere Ausstattung von Sicherheitskräften (z.B. Bodycams) einsetzen. Prävention und Sanktion, beides ist notwendig, um Angriffe gegen Polizei und Rettungskräfte wirksamer zu unterbinden.

- **Extremistische Straftäter strenger bewachen**

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden sowohl die elektronische Aufenthaltsüberwachung („elektronische Fußfessel“) nach der Haft im Rahmen der Führungsaufsicht als auch die vorstehend genannte fakultative Sicherungsverwahrung grundsätzlich auch bei solchen extremistischen Straftätern ermöglicht, die wegen schwerer Vergehen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, der Terrorismusfinanzierung oder der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurden.

Die zwischen Bundesjustizminister Heiko Maas und Bundesinnenminister Thomas de Maiziere vereinbarte Verschärfung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung für sogenannte Gefährder wird im Rahmen des Gesetzes zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamts umgesetzt.

- **Ein neues Fördersystem für strukturschwache Regionen**

In dieser Woche haben wir abschließend einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur regionalen Wirtschaftspolitik beraten. Der Antrag skizziert unsere gemeinsamen Anforderungen an ein integriertes Fördersystem für strukturschwache Regionen in allen Teilen Deutschlands ab 2020. Ziel ist es, die Wirtschaftsförderung des Bundes nicht mehr nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedarf auszurichten und dabei die Förderprogramme aller Ressorts und der europäischen Ebene besser miteinander zu verzahnen.

Die Förderung unternehmerischer Innovationen und der entsprechenden Forschungsinfrastruktur stellt dabei den Kern der Strukturpolitik dar, denn nur mit Arbeitsplätzen und starken Unternehmen kann auch die Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen langfristig gesichert werden. Der Regionalpolitische Bericht soll als zentrales Instrument künftig alle regionalpolitischen Maßnahmen des Bundes in strukturschwachen Regionen analysieren.

- **Kommunales Investitionsprogramm verdoppeln**

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2016 verdoppelt der Bund das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ um 3,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7 Milliarden Euro. Diese Mittel sollen gezielt für Investitionen des Bundes in die kommunale Bildungsinfrastruktur eingesetzt werden. Möglich wird dies durch unseren Verhandlungserfolg im Rahmen der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen, mit dem wir das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufgebrochen haben. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass im Zuge des Nachtragshaushalts auch über die Verwendung der Haushaltsüberschüsse entschieden wird. Sie sollen aus Sicht der SPD-Fraktion für Investitionen in moderne Schulen und Berufsschulen, schnelles Internet und leistungsfähige Verkehrswege verwendet werden.

Landesgruppe Brandenburg verabschiedet Frank-Walter Steinmeier

Die brandenburgischen Bundestagsabgeordneten Dagmar Ziegler, Uli Freese, Andrea Wicklein und ihr Sprecher Stefan Zierke haben am 14. Februar 2017 Frank-Walter Steinmeier aus der Landesgruppe Brandenburg verabschiedet. Mit seinem Amtsantritt als Bundespräsident im März 2017 wird Frank-Walter sein Bundestagsmandat ablegen und somit die Landesgruppe verlassen. Für ihn rückt Angelika Krüger-Leißner nach.

Stefan Zierke sagt hierzu:“ Wir sind absolut überzeugt, dass Frank sein neues Amt mit viel Würde, Besonnenheit, Weitblick und Ausgewogenheit im überragenden Maß ausüben wird. Wir sind uns außerdem sicher, dass er sich weiterhin über Landesgrenzen hinweg für ein friedvolles sowie demokratisches Miteinander auf internationalem Parkett einsetzen wird. Für diese Aufgaben wünschen wir ihm viel Kraft, Mut und Durchhaltevermögen!“

